

Im Notfall handeln - nicht fragen Unter Freiburger Ärzten ist die neue Gesundheitskarte umstritten

Im nächsten Jahr soll sie für alle verpflichtend kommen: die elektronische Gesundheitskarte (eGK). Manche Krankenversicherungen fordern ihre Mitglieder jetzt schon auf, ein Foto dafür einzusenden. Die Einführung der eGK, ursprünglich für 2006 geplant und mehrmals verschoben, ist die größte Aktion dieser Art in Europa. Die Kosten werden in einer Studie auf 7 Milliarden Euro geschätzt. 80 Millionen Versicherte, 21000 Apotheken, 123000 Ärzte, 65000 Zahnärzte, 2200 Krankenhäuser, rund 300 Krankenkassen und private Krankenversicherungen sollen miteinander vernetzt werden.

Wie gehabt wird die Karte alle Daten enthalten, die für die Abrechnung einer Behandlung mit der Krankenkasse notwendig sind. Neu ist, dass sie auch beschreibbar ist. Während etwa Notfallinformationen freiwillig und mit einer sechsstelligen persönlichen Identifikationsnummer (PIN) gesichert sind, sind Ärzte verpflichtet, die Behandlung und die verschriebenen Medikamente zu dokumentieren. Diese Daten werden auf einem zentralen Server gespeichert, damit die Datenkommunikation optimiert und Doppeluntersuchungen vermieden werden können. Die einzelnen Funktionen sollen schrittweise eingeführt werden.

Der deutsche Ärztetag hat die eGK in dieser Form abgelehnt und weiß viele Patientenverbände, Verbraucherzentralen und Bürgerrechtsorganisationen hinter sich. Die Freiburger Allgemeinmedizinerin Dr. Astrid André-Nimrich sieht vor allem das Recht auf Selbstbestimmung bedroht: „Die medizinischen Daten der Patienten sind bislang durch das Arztgeheimnis geschützt. Verlassen sie die Arztpraxis, so wird entscheidend in das Vertrauensverhältnis eingegriffen. Die Gefahr des Missbrauchs steigt erheblich.“

Auch wollen der Ärztin die Vorteile noch nicht einleuchten: „Auf gespeicherte Blutgruppen werde ich mich nicht verlassen, denn es ist Pflicht, jede Blutkonserve mehrfach auf Übereinstimmung zu testen.“ Über andere Untersuchungen, wie etwa Röntgen, würden sich die Ärzte heute schon austauschen, so das Aktionsbündnis „Stopp-die-e-card“, das auch in Freiburg viele Anhänger hat. Tatsächlich haben laut statistischem Bundesamt 90% aller Bürger einen Hausarzt, der eine lebenslange Patientenakte führt und damit Schnittstelle für die Facharztbehandlung ist.

Die von der Bundesregierung angestellte Nutzenanalyse basiert denn auch auf der Annahme, dass die Möglichkeit der freiwilligen Angaben in großem Umfang genutzt werden. „Warum erhält nicht einfach jeder Patient einen eigenen USB-Stick für vier Euro, auf dem er alles speichern kann, was ihm wichtig ist?“ fragt sich Ärztin André-Nimrich dazu. Der wäre im Gegensatz zur eGK auch im Ausland zu gebrauchen, wo die Behandlungsformalitäten weiter auf Papier dokumentiert werden müssen. Das scheint auch für Rettungssituationen sinnvoll: „Im Notfall“, so André-Nimrich, „werde ich sicher nicht nach der Chipkarte fragen, sondern handeln.“

Tanja Gaudian